



Interviews

Nach dem G7-Gipfel: Weitere Unterstützung für die Ukraine

Christoph Heinemann im Gespräch mit Ulrich Lechte, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

"Informationen am Morgen", 22.5.2023, 6:50 Uhr

Christoph Heinemann: Mitgehört hat Ulrich Lechte, Obmann der FDP im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Regensburg. – Guten Morgen!

Ulrich Lechte: Guten Morgen!

Heinemann: Herr Lechte, beginnen wir mit dem zuletzt gehörten. Präsident Selenskyj in Hiroshima – welche Botschaft senden diese Bilder aus?

Lechte: Das ist eine große Botschaft gewesen. Es gab ja den Moment, dass Japan eigentlich wollte, dass alle Staats- und Regierungschefs inklusive Selenskyj zu dem Mahnmal in Hiroshima gehen, das den Atombombenabwurf vom August 1945 entsprechend darstellt, und Selenskyj ist dann alleine mit dem japanischen Premierminister dort hingegangen. Aber das sind schon Bilder, die um die Welt gehen und die auch klar zeigen, dass der Westen gegen Atomwaffeneinsatz aus Russland Front macht. Das ist ja das, was Scholz damals auch in Peking durchgesetzt hat, dass sich Xi gegen Atomwaffeneinsatz ausgesprochen hat und das als Tabu gebrandmarkt hat.

Heinemann: Blicken wir auf die konkreten Entwicklungen. Gehen Sie davon aus, dass mit der Ausbildung ukrainischer Piloten jetzt an westlichen Kampfjets die Entscheidung über eine Lieferung gefallen ist? Muss wer A sagt jetzt auch B sagen?

Lechte: Das kann man so sehen, aber es ist zumindest so, dass man sich darauf vorbereitet, dass möglicherweise Kampfjets geliefert werden. Deutschland ist da nicht dabei, es wird keine Ausbildung an Eurofightern vorgenommen, sondern es ging ja immer auch der Ukraine um die Lieferung von F16 zum Beispiel, und die kann Deutschland gar nicht liefern. Dementsprechend: Ausbildung des Westens bisher ja, Lieferungsentscheidung nein.

Heinemann: Auch nicht an deutschen Jets, auch wenn das andere sind?

Lechte: Das könnte man in Erwägung ziehen, aber ist bisher auch von der Ukraine nicht nachgefragt worden. Das wäre eine rein theoretische Diskussion.

Heinemann: Herr Lechte, die AfD und Die Linke lehnen Waffenlieferungen an die Ukraine grundsätzlich ab und begründen das damit, dass man das Blutvergießen beenden müsse. Welche Folgen hätte eine solche Politik?

Lechte: Das wäre die Aufforderung, dass die Ukraine kapitulieren soll. Die Ukraine konnte bisher sich nur so gut verteidigen aufgrund der guten Lieferungen, die es auch schon im Vorfeld von dem Beginn vom 24. Februar 2022 gegeben hat. Seit 2014 ist die Ukraine dauerhaft immer wieder auch von den USA vor allem beliefert worden. Ohne diese Waffensysteme, die auch Deutschland dann geliefert hat nach dem Februar 2022, hätte die Ukraine sich gar nicht so verteidigen können, wie es bisher geschehen ist. Dass man einem Nachbarn, der Freiheit und Demokratie verteidigt, keine Waffen liefern möchte, das mögen die AfDler und Die Linken verstehen; ich verstehe es nicht.

Heinemann: AfD und Teile der Linkspartei werfen der Bundesregierung und dem Westen einen sogenannten Wirtschaftskrieg gegen Russland vor. Ist die FDP Wirtschaftskriegspartei?

Lechte: Jetzt wird es langsam sehr, sehr bunt. Es sind Wirtschaftssanktionen, die man verhängt, um einen anderen Staat zum Einlenken zu bewegen. Das ist gängige Praxis. Das ist ungefähr so, als wenn man zuhause seinem Sohn, seiner Tochter das Taschengeld entzieht. Dementsprechend hat man durch die Wirtschaftssanktionen gezeigt, Russland, passt auf, ihr macht gerade Dinge, die ihr nicht dürft. Jetzt ist gerade der G7-Gipfel zu Ende gegangen. Bis 2014 war Russland Mitglied bei G7 im Format G8 und mit dem Einmarsch auf der Krim und der Annexion hat man diese Mitgliedschaft beendet. Das ist auch eine Sanktion gewesen, das ist ein völlig normales Mittel der internationalen Politik.

Heinemann: Wir wollen hören, was der CDU-Außenpolitiker und Diplomat Knut Abraham am Samstag bei uns im Deutschlandfunk über die Wirksamkeit der Sanktionen gegen Russland gesagt hat.

O-Ton Knut Abraham: „Ich habe mir in den letzten Tagen mal russische Provinzzeitungen vorgenommen und wenn man sieht, wie häufig dort von Aufgabe von Produktionstätigkeiten die Rede ist, wenn von Fachkräftemangel gerade im IT-Bereich die Rede ist, so muss man sagen, dass die Sanktionen langsam, aber stetig doch auch erkennbare Wirkung zeigen. Sie erhöhen den Preis und sie machen unsere politische Entschlossenheit deutlich.“

Heinemann: Herr Lechte, in den USA wird laut über ein Exportverbot für sämtliche Waren aus Russland nachgedacht. Sollten Europa und Deutschland das unterstützen?

Lechte: So weit kann Europa gar nicht gehen zum jetzigen Zeitpunkt. Es gibt Abhängigkeiten von russischen Stoffen wie zum Beispiel Uran für osteuropäische Atomkraftwerke. Deswegen ist es immer ein hartes Ringen um die Sanktionspakete. Die USA macht solche Dinge eher, das haben wir beim Iran gesehen. Das ist bei Russland nicht möglich bis zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist aber auch so, dass in Russland die Wirtschaft um 10 bis 15 Prozent eingebrochen ist und sehr, sehr viele junge Leute, gerade IT-Fachkräfte, wie der Kollege Abraham ja ausgeführt hat, das Land verlassen haben. Der Krieg kostet sehr, sehr viel. Putin hatte hierfür 600 Milliarden US-Dollar gespart gehabt. Auf 300 Milliarden ist der Zugriff versagt, auch durch die Sanktionen auf den internationalen Finanzmärkten, und die anderen 300 Mil-

liarden gehen auch bald mal zur Neige aufgrund des teuren Krieges. So wie er sich das ausgerechnet hat, die Ukraine in zwei Wochen zu erobern, das hat nicht funktioniert. Die Sanktionen greifen, es ist hart für Russland gerade.

Heinemann: Wie sollte der Westen auf Länder oder Unternehmen reagieren, die diese Sanktionen, diese westlichen Sanktionen unterlaufen?

Lechte: Da muss man Antworten drauf finden. Das hat der G7-Gipfel ja auch sehr, sehr deutlich gemacht.

Heinemann: Sehr deutlich?

Lechte: Ich habe das Kommuniqué komplett gelesen und man muss da sehr gut zwischen den Zeilen lesen. Für westliche Diplomatie war das deutlich.

Heinemann: Ich darf kurz zitieren: „Man werde die gemeinsamen Anstrengungen erhöhen, um sicherzustellen, dass keine kriegswichtigen Güter aus den G7-Staaten nach Russland gelangen können.“ – Das klingt eher milde, oder?

Lechte: Sie haben Scholz gestern im Interview vielleicht auch gehört, dass jedes Land selber seine eigenen Maßnahmen entsprechend schärfen kann. Es ging da nur darum, dass man sich nicht den USA angeschlossen hat, einer weltweiten Sanktion nachzukommen, aber ansonsten ist man sich einig und das finde ich sehr bemerkenswert, dass man gegenüber Russland die Daumenschrauben weiter anziehen muss, jeder aber so wie er es kann.

Heinemann: Schauen wir noch auf andere dunkle Wolken am diplomatischen Himmel. Wie sollte sich der Westen auf einen möglichen chinesischen Waffengang gegen Taiwan vorbereiten?

Lechte: Dieser darf und darf und darf nicht stattfinden. Durch die Taiwan-Straße gehen jeden Tag 50 Prozent der Weltwirtschaft durch. Taiwan ist ein zentraler Baustein für die gesamte Weltwirtschaft, die Chip-Industrie ist immanent wichtig, und ich glaube, dass auch der G7-Gipfel ausgesagt hat, China, wir reichen dir die Hand, wir wollen, dass du Teil der Weltpolitik bist. Das ist auch nicht wegzudiskutieren, das ist eine aufstrebende Supermacht. Aber der Griff nach Taiwan ist ein Tabu und der darf nicht passieren. Eine Vereinigung der beiden Staaten kann es nur im friedlichen Austausch miteinander geben und nur im Konsens. Der ist momentan wirklich nicht gegeben und da ist, glaube ich, die Nachricht vom G7-Gipfel sehr deutlich und der Teil zu China ist auch sehr präzise formuliert.

Heinemann: China bemüht sich – darüber gibt es Meldungen -, jetzt NATO-Piloten anzuwerben, um den Luftkampf gegen westliche Luftfahrzeuge zu üben. Wie sollten die NATO-Staaten darauf reagieren?

Lechte: Mit Verwunderung, weil solche Dinge macht man schlicht und ergreifend nicht. Das ist ungefähr so, als wenn der bayerische Ministerpräsident, der immer davon spricht, dass Bayern Premium ist, versucht, Lehrkräfte in den anderen 15 Bundesländern anzuwerben.

Das darf man auch in diesem Fall nicht machen und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass irgendein NATO-Kampfpilot aus dem Westen sich von China anwerben lässt.

Heinemann: Da gibt es aber schon andere Berichte, nämlich 30 ehemalige Kampfpiloten haben das wohl schon gemacht für ein Jahresgehalt von 275.000 Euro.

Lechte: Diesen Bericht kenne ich nicht. Da werde ich mich tatsächlich informieren müssen. Aber das ist marginal und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Vorteil daraus so groß sein wird. Ich glaube, dass die Spionage auf beiden Seiten ganz gut funktioniert.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.